

Horst Weishaupt

Traditionelle berufliche Qualifizierungswege trotz neuer Herausforderungen am Arbeitsmarkt

Zusammenfassung

Auf eine gezielte qualifikatorische Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem musste in der Vergangenheit angesichts hoher Arbeitslosigkeit kein besonderer Wert gelegt werden. Der Ersatz geburtenstarker durch geburtenschwache Jahrgänge am Arbeitsmarkt in den kommenden 20 Jahren gibt dem Erwerb spezifischer bedarfsgerechter Qualifikationsprofile für eine reibungslose Berufseinmündung aber erhöhte Bedeutung. Im Folgenden werden Überlegungen dazu angestellt, welche bisher unzureichend genutzten Optionen für eine bessere Abstimmung zwischen Qualifikationsbedarf und -angebot in der Sekundarstufe II und nach dem Erwerb einer Studienberechtigung vor allem im Berufsbildungssystem ergriffen werden sollten.

Schlüsselwörter: demografischer Wandel, berufliche Bildung, berufliches Gymnasium, Schulberufssystem, duales Studium, Berufsakademien

Traditional Vocational Qualification Pathways in Spite of New Challenges on the Job Market

Abstract

In the past, no specific importance had to be attached to a systematic coordination between the educational system and the employment system, due to high unemployment. But the replacement of baby boomer generations by low birth rates on the labor market during the next twenty years gives the acquirement of specific needs-oriented qualification profiles an increased importance for a smooth entry into the labor market. This contribution considers which measurements for a better tuning between qualification needs and qualification quotes in upper secondary schools and after the acquisition of an entitlement to university studies should be taken, especially in the vocational training system.

Keywords: demographic change, vocational training, vocational upper secondary schools, dual vocational training system, dual course of studies, vocational training academy

Die Bildungspolitik war in den letzten Jahrzehnten von einer Situation am Arbeitsmarkt beeinflusst, die durch ein Überangebot an Arbeitskräften bestimmt war. Bildungsprogramme wurden nicht zuletzt deshalb ausgebaut und neue Bildungswege eröffnet, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen über Qualifizierungsmaßnahmen verbesserte Übergangschancen in die Arbeitswelt zu eröffnen, damit zugleich aber auch den Arbeitsmarkt zu entlasten. In den letzten Jahren entspannte sich diese Situation. Doch nun wird eine zunehmende Segmentierung des Beschäftigungssystems deutlich, die sich beispielsweise darin zeigt, dass die Betriebe über zu wenige hinreichend qualifizierte Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber klagen, zugleich aber die Teilnehmerzahlen im Übergangssystem wieder zunehmen (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017, S. 96f.). Nach Auffassung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gelingt es dem Schulsystem nicht mehr, den Schulabsolventinnen und -absolventen in ausreichendem Maße die für eine Arbeitsmarktintegration geforderten Qualifikationen zu vermitteln. Das allgemeinbildende Schulwesen, in dem man sich bisher kaum Gedanken über den Verbleib der Absolventinnen und Absolventen machen musste und deren berufliche Integration weitgehend den beruflichen Schulen überließ, wird sich in den kommenden Jahren jedoch den Herausforderungen steigender Qualifikationserwartungen des Beschäftigungssystems und eines zunehmenden Bedarfs an spezifischen Qualifikationsprofilen stellen müssen.

Eine Verringerung der Bildungsbenachteiligung von Kindern, die in finanziell prekären Verhältnissen aufwachsen und/oder einen Zuwanderungshintergrund aufweisen, ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch eine Frage der ökonomischen Zukunft der Gesellschaft. Dies sind die Gruppen, aus denen allein die zusätzlich erforderlichen Bildungspotenziale erschlossen werden können, die die Gesellschaft künftig benötigt, um bei grundlegend veränderten Konstellationen am Arbeitsmarkt (vgl. Weishaupt 2016) den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften befriedigen zu können. Flüchtlinge und neu Zugewanderte werden voraussichtlich in der ersten Generation auf Grund nicht hinreichender deutscher Sprachkenntnisse oder einer mangelnden allgemeinen oder beruflichen (Aus-)Bildung ganz überwiegend nur untergeordnete Berufstätigkeiten ausüben können und verstärken somit noch den Qualifizierungsdruck auf die bereits in Deutschland geborenen Kinder aus Migrantenfamilien. Gängige Arbeitsmarktinstrumente, wie z.B. Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Verlängerung der Beschäftigungsdauer, Reduzierung der Teilzeitbeschäftigung etc., werden allein nicht ausreichen, um die zu erwartenden Probleme zu bewältigen. Angesichts der hohen Kinderarmut, eines steigenden Anteils von Kindern mit Zuwanderungshintergrund und einer starken räumlichen Segregation dieser Gruppen mit der Folge einer hohen Konzentration in wenigen Kindertagesstätten und Schulen steht eine zielführende Förderung dieser Gruppen

vor Herausforderungen, denen sich die Schulpolitik bisher nicht in ausreichendem Maße gestellt hat (vgl. ebd.).

Aber auch nach Abschluss der Pflichtschulzeit führt die geringe Zahl der Berufsanfänger und -anfängerinnen im Verhältnis zu den Erwerbspersonen der geburtenstarken Jahrgänge, die in den kommenden zwei Jahrzehnten aus dem Erwerbsleben ausscheiden, zu einem bisher kaum beachteten Passungsproblem – und dies sowohl qualifikatorisch als auch regional (vgl. Weishaupt 2017). Künftig wird es noch stärker darauf ankommen, alle Berufsanfänger und -anfängerinnen möglichst hoch zu qualifizieren. Zusätzlich gewinnen aber die fachlichen Schwerpunkte an Bedeutung, um Fehlqualifikationen zu vermeiden: Ist es beispielsweise sinnvoll, für eine weitere Ausweitung des Hochschulzugangs überwiegend das Gymnasium vorzusehen? Bietet es die fachlichen Orientierungen, die ausgeweitet werden müssen, oder wäre es eher sinnvoll, verstärkt berufliche Gymnasien mit ihren anderen fachlichen Schwerpunkten für eine Ausweitung des Hochschulzugangs vorzusehen? Gibt es im tertiären Sektor ein ausreichendes Angebot an Berufsakademien und dualen Studienangeboten, um Studienberechtigten mit einem praxis- und betriebsorientierten Qualifikationsinteresse eine solche Ausbildung zu ermöglichen? Dies gilt auch unter regionaler Perspektive: Welche Qualifikationen benötigen die Unternehmen einer Region? In vielen ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil von Auspendlern und Auspendlerinnen wird sich in Zukunft durch die aus dem Berufsleben ausscheidenden geburtenstarken Jahrgänge das Missverhältnis zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitsplatznachfrage deutlich verringern. Dadurch erhalten in diesen Regionen die fachlichen Schwerpunkte der Bildungsangebote in der Sekundarstufe II und im tertiären Bereich eine hohe regionalpolitische Bedeutung, die bisher von der Schulpolitik kaum beachtet wurde. Ländliche Regionen verspielen ihre Entwicklungspotenziale, wenn sie keine ausreichenden Qualifizierungsangebote mit einer Bleibeperspektive in der Herkunftsregion vorhalten. Großstädte mit einer hohen Zahl von Arbeitsplätzen, die über die Zahl der in ihnen lebenden Erwerbstätigen hinausgeht, werden bei den grundlegend veränderten Angebots-Nachfrage-Relationen am Arbeitsmarkt künftig nicht mehr ohne Weiteres mit den Einpendlern und Einpendlerinnen aus ländlichen Regionen rechnen können wie in der Vergangenheit und müssen deshalb noch mehr auf eine hohe Qualifikation der eigenen städtischen, multikulturellen Bevölkerung achten. Obwohl diese Überlegungen im Moment spekulativ sind, muss bei der unvermeidbaren Verringerung des dem Arbeitsmarkt neu zur Verfügung stehenden Arbeitskräftepotenzials mit weitreichenden Veränderungen der regionalen Beschäftigungsbedingungen und regionalen Beziehungen am Arbeitsmarkt gerechnet werden. Auf diese von konkurrierenden Interessen bestimmte Entwicklung sollte rechtzeitig politisch reagiert werden.

Die gegenwärtige Debatte um die Integration der jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt wird vor allem über das Verhältnis von dualer Berufsausbildung und Studium

geführt. Dabei bleibt das tatsächliche Spektrum der Berufswahlentscheidungen und Qualifikationswege meist außerhalb des Blicks der Analysen.

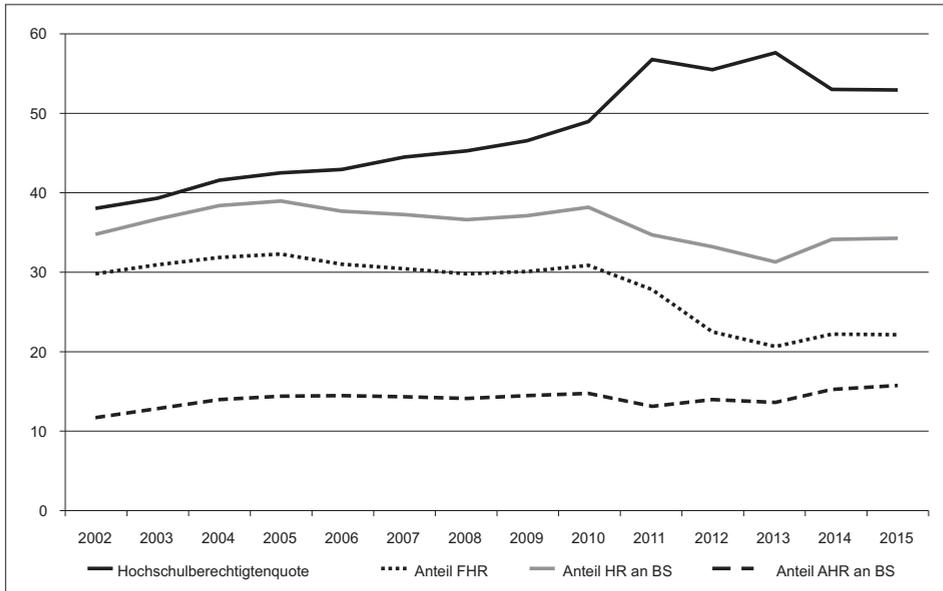
Anliegen dieses Beitrags ist es, in dieser Situation die Ausgangslage für die weitere Entwicklung der Qualifizierungswege nach der Pflichtschulzeit stärker in den Blick zu rücken und dabei den Stellenwert dualer Studiengänge/Berufsakademien als – im Vergleich zu einer dualen Berufsausbildung und einem traditionellen Hochschulstudium – alternative Berufseinstiegsoptionen auch im Ländervergleich zu betrachten. Wünschenswert wären weiterführende Studien, die diese Überlegungen vertiefen und beispielsweise auch Regionen innerhalb eines Landes vergleichend betrachten.

1. Entwicklung des Hochschulzugangs und schulischer Qualifizierungsmöglichkeiten in der Sekundarstufe II

Die Entwicklung in der Sekundarstufe II ist von einem Anstieg der Studienberechtigtenquote (HR) – bezogen auf den Bevölkerungsanteil der relevanten Geburtsjahrgänge – von 38,1 Prozent im Jahr 2002 auf 53 Prozent im Jahr 2015 gekennzeichnet (vgl. Abb. 1). Der Anteil der beruflichen Schulen (BS) bei der Vergabe einer Hochschulzugangsberechtigung ist von 34,9 Prozent im Jahr 2002 auf 38,2 Prozent (2010) angestiegen und sank dann bis 2015 wieder auf 34,4 Prozent. Dafür war maßgeblich der Rückgang des Anteils der Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife (FHR) verantwortlich, der von 29,9 Prozent im Jahr 2002 auf 22,3 Prozent im Jahr 2015 zurückging.

Der Erwerb einer allgemeinen Hochschulreife (AHR) an beruflichen Schulen ist quantitativ weiterhin relativ unbedeutend. Bundesweit erreichten im Jahr 2002 11,9 Prozent der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife diesen Abschluss an einer beruflichen Schule; 2015 waren es 15,8 Prozent. Diese bundesdurchschnittliche Entwicklung verlief extrem unterschiedlich zwischen den Ländern. Daraus wird deutlich, dass es keine bundesweite Diskussion darüber gibt, ob ein steigender Anteil von Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung nach Alternativen zum gymnasialen Fächerprofil verlangt, um über das fachliche Profil der Schule eine arbeitsmarktgerechtere Studienvorbereitung zu erreichen. Die Diskussion um zwei Wege zum Abitur und die Einrichtung entsprechender Schulzweige in der Sekundarstufe II neben dem Gymnasium hat erschwert, dass sich ein mit dem Gymnasium konkurrierendes fachliches Profil ausweiten konnte. Und so zeigt der Ländervergleich der Entwicklung zwischen 2005 und 2015 auch in vielen Ländern einen Rückgang des Anteils der an beruflichen Schulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen, besonders stark in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Nur in Baden-Württemberg und Niedersachsen hat sich der Anteil der an beruflichen Schulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen

Abb. 1: Entwicklung des Anteils der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung und des Anteils der an beruflichen Schulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen 2002 bis 2015



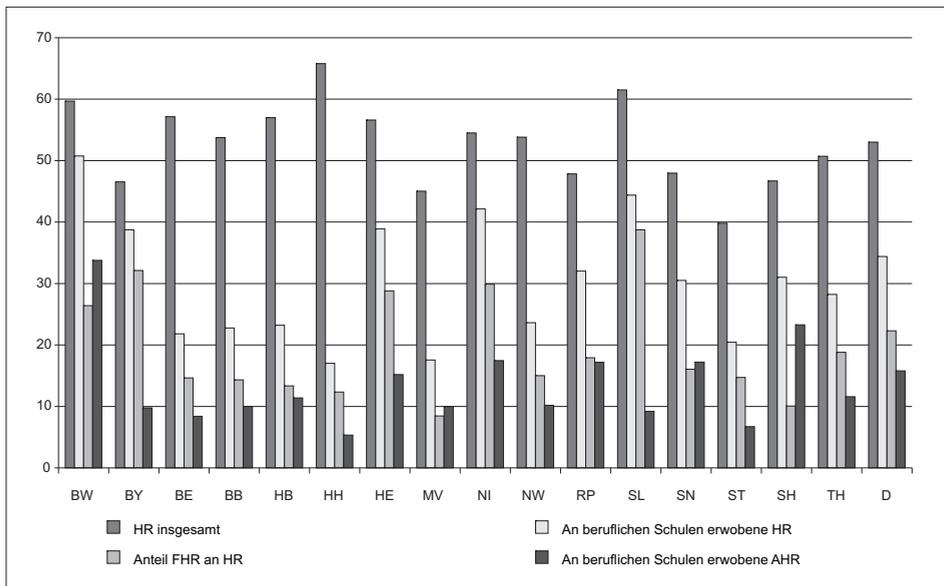
Quelle: KMK (2016), eigene Berechnung und Zusammenstellung

im letzten Jahrzehnt leicht erhöht. In beiden Ländern haben die beruflichen Schulen für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung einen hohen Stellenwert (vgl. Abb. 2). Aber nur in Baden-Württemberg sind die beruflichen Schulen auch für die Vergabe einer allgemeinen Hochschulreife bedeutsam. Dort erwirbt ein Drittel der Absolventen und Absolventinnen mit allgemeiner Hochschulreife diese an einer beruflichen Schule.

Nur noch in Schleswig-Holstein liegt der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einer an einer beruflichen Schule erworbenen allgemeinen Hochschulreife über einem Fünftel. In der Hälfte der Länder erwerben weniger als 10 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten das Abitur an einem beruflichen Gymnasium. In Bayern, Hessen, Niedersachsen und dem Saarland haben die beruflichen Schulen nur einen hohen Stellenwert zum Erwerb der Fachhochschulreife. In den Stadtstaaten sowie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ist der Stellenwert der beruflichen Schulen für den Erwerb einer Hochschulreife insgesamt gering.

Dies führt für die Jugendlichen nach Beendigung ihrer Schulpflicht zu großen Unterschieden bei ihren weiteren Qualifizierungsmöglichkeiten. Zugleich erschließt sich die in den Ländern – außer in Baden-Württemberg – latent oder intentional ver-

Abb. 2: Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung und des Anteils der an beruflichen Schulen erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen 2015 im Ländervergleich



HR = Hochschulreife, FHR = Fachhochschulreife, AHR = Allgemeine Hochschulreife
 Quelle: KMK (2016), eigene Berechnung und Zusammenstellung

folgte politische Absicht nicht, trotz steigender und inzwischen sehr hoher Quote der Hochschulzugangsberechtigten nicht zugleich die Vielfalt der Zugangswege zu erweitern. Angesichts der zunehmenden Entkopplung von besuchter Schulart und Bildungsgang und damit eines zunehmenden Anteils von Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe II, die zuvor eine Realschule, eine Gesamtschule oder eine vergleichbare Schule besucht haben, lassen sich starke institutionelle Eigeninteressen des Gymnasiums als Ursache dieser Entwicklung vermuten, die eine Öffnung von Bildungswegen zum Abitur über nichtgymnasiale Alternativen blockiert haben. Unter regionaler Perspektive ist bezogen auf Bayern interessant zu sehen, dass die allgemeinbildenden Angebote an beruflichen Schulen dort nicht darauf ausgerichtet sind, im ländlichen Raum funktionale Qualifizierungsprofile zur Hochschulreife anzubieten, sondern dass diese die umfangreichen Gymnasialangebote in den Städten noch verstärken.

Die beruflichen Schulen, die zu allgemeinbildenden Schulabschlüssen führen, stehen nicht nur in Konkurrenz zum Gymnasium, sondern auch zu dem Schulberufssystem, wenn der Übergang in eine duale Berufsausbildung unberücksichtigt bleibt. Um einen Eindruck von den Qualifizierungswegen nach einem mittleren Schulabschluss zu erhalten, kann die Integrierte Ausbildungsberichterstattung herangezogen werden,

nach der 2015 (vgl. Statistisches Bundesamt 2016, Tab. 4) ein Viertel der Anfänger und Anfängerinnen im Ausbildungsgeschehen (24,6%) eine duale Berufsausbildung, 9,7 Prozent eine schulische Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen und 4,6 Prozent eine sonstige schulische Berufsausbildung begonnen haben. 6,4 Prozent wechselten in den Übergangsbereich, 17,9 Prozent strebten einen allgemeinbildenden Abschluss an einer beruflichen Schule an, und 36,8 Prozent wechselten in eine gymnasiale Oberstufe. Für schulische Qualifizierungswege in der Sekundarstufe II nach einem mittleren Schulabschluss haben folglich allgemeinbildende und berufliche Schulen im Bundesdurchschnitt den gleichen Stellenwert; nur differenzieren sich die Qualifizierungsschwerpunkte an den beruflichen Schulen aus. In einer nach Ländern differenzierenden Betrachtung, die den Rahmen des Beitrags sprengen würde, könnte der Wildwuchs an Qualifizierungswegen noch besser verdeutlicht werden. Von Vielfalt darf in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden, denn den Nutzerinnen und Nutzern steht ja nur das regional vorhandene Angebot zur Verfügung, das Qualifizierungswege entweder eröffnet oder verschließt. Hinsichtlich der beruflichen Schwerpunkte soll hier das kaum nachvollziehbare Nebeneinander von ähnlichen fachlichen Schwerpunkten bezogen auf unterschiedliche Abschlussoptionen anhand von Tabelle 1 verdeutlicht werden.

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler in einer zu einem Hochschul- oder schulischen Berufsabschluss führenden Schulart an beruflichen Schulen in Deutschland 2015

Berufshauptgruppen	Berufsoberschulen (Vollzeit)/ Berufliche Gymnasien	Fach- ober- schulen	Berufsfachschule, die ausbildet in einem	
			anerkannten Ausbildungs- beruf	sonstigen Beruf
Land-, Tier-, Forstwirtschaftsberufe	829	1.559	60	143
Gartenbauberufe, Floristik			48	
Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung			216	
Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung			294	
Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung	2.606	209	116	10.371
Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbauberufe	1.716	1.869	1.187	16
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	2.563	1.356	1.265	894
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	23.991	2.080	933	4.785
Techn. Forsch.-, Entwickl.-, Konstruktions-, Produkt.-Steuerung	1.938	1.645	846	214
Textil- und Lederberufe		358	1.150	2.196
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	1.241	56	3	109
Bauplanung, Architektur, Vermessungsberufe	127	826		996
Hoch- und Tiefbauberufe	1.586	122	195	

Berufshauptgruppen	Berufsober- schulen (Vollzeit)/ Berufliche Gymnasien	Fach- ober- schulen	Berufsfachschule, die ausbildet in einem	
			anerkannten Ausbildungs- beruf	sonstigen Beruf
(Innen-)Ausbauberufe	304	8.442	297	
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe			267	67
Mathematik-, Biologie-, Chemie-, Physikberufe	5.858	322		6.322
Geologie-, Geografie-, Umweltschutzberufe	1.117	368		656
Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe	5.971	3.196	450	17.401
Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung)			217	163
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe			483	
Schutz-, Sicherheits-, Überwachungsberufe				45
Verkaufsberufe			278	
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	2.779		503	1.788
Berufe in Unternehmensführung, -organisation	67.672	48.643	3.299	23.711
Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen, Steuerberatung	16.614		2.823	633
Berufe in Recht und Verwaltung	558	1.243	3	2.027
Medizinische Gesundheitsberufe	386		55	25.736
Nichtmed. Gesundh.-/Körperpfl.-/Wellnessberufe, Medizintechnik	14.225	20.609	1.734	33.292
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	42.749	26.582	863	75.979
Sprach-/literatur-/geistes-/gesellsch.-/wirtsch.- wissensch. Berufe	434			
Lehrende und ausbildende Berufe				2.293
Werbung, Marketing, kaufm. und redaktionelle Medienberufe	2.016	311	228	985
Produktdesign, kunsthandwerkli. Berufe, bildende Kunst, Musikinstrumentenbau	111	1.239	1.038	1.128
Darstellende, unterhaltende Berufe			149	1.126
Keine Zuordnung möglich	14.790	18.544		652
Insgesamt	212.181	139.579	19.000	213.728

Quelle: Statistisches Bundesamt (2017), eigene Zusammenstellung

Während die Fachoberschule zur Fachhochschulreife führt, können über die Berufsoberschule (von Absolventinnen und Absolventen einer Berufsausbildung) und das berufliche Gymnasium eine fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Der Vergleich der Ausbildungsprofile der beiden zu einer Studienberechtigung führenden Schularten zeigt, dass sich die Ausbildungsschwerpunkte bis auf wenige Ausnahmen überschneiden. Die Schülerzahlen lassen darauf schließen, dass nur in den Profildbereichen „Unternehmensführung, -organisation“ und „Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie“ regional verfügbare Wahloptionen zwischen einer Fachhochschulreife und dem Abitur bestehen und ansonsten die Interessentinnen und Interessenten auf eine Abschlussoption festgelegt sind. Anzunehmen ist, dass alle Berufshauptgruppen mit weni-

ger als 20.000 Schülerinnen und Schülern nicht flächendeckend verfügbar sind. Folglich existieren extrem unterschiedliche regionale Gelegenheitsstrukturen für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung in Verbindung mit einem beruflichen Profildach. Mit regionalen Unterschieden der Qualifizierungsinteressen der Jugendlichen sind sie kaum in Verbindung zu bringen. Bisher gibt es auch keine Studien, die Zusammenhänge zwischen Qualifizierungsprofilen und den lokalen Arbeitsmarkterfordernissen analysieren. Sie würden voraussichtlich ebenfalls höchstens schwache Zusammenhänge als Ergebnis haben, denn zu vermuten sind situative Konstellationen an einzelnen Schulen, die zu spezifischen Angeboten führen.

Als Ausnahme gegenüber dieser Einschätzung kann Baden-Württemberg herangezogen werden, wo schon seit vielen Jahren die beruflichen Schulen einen nicht mit anderen Ländern vergleichbaren Stellenwert für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung haben. Doch strahlte dieses Beispiel bislang nicht auf die Politik anderer Länder aus.

Neben den beruflichen Schularten, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen, gibt es die Berufsfachschulen, die auf einen Berufsabschluss vorbereiten. Teilweise ermöglichen sie zusätzlich den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Schon der Bildungsbericht 2008 spricht bezogen auf das Schulberufssystem von einer „institutionellen Heterogenität“, die sich in den beruflichen Schulen unter Berücksichtigung der anderen Ausbildungsmöglichkeiten noch erheblich ausweitet (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 104f.). Diese Heterogenität trägt nur zu einer wenig systematischen Ergänzung der Ausbildung im dualen System bei. Oft ist auch die Einrichtung von Ausbildungsgängen an den Berufsfachschulen von situativen personellen und räumlichen Konstellationen und nicht von einer mit der Arbeitsmarktentwicklung abgestimmten Planung abhängig. Hinzu kommen unterschiedliche landesrechtliche Regelungen, die in allen Ländern nur einen Teil der insgesamt möglichen Ausbildungsschwerpunkte gestatten (vgl. KMK 2017). Den Schwerpunkt der Berufsausbildung an Berufsfachschulen bilden Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufe. Doch zeigt der Vergleich mit den Berufshauptgruppen an Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien erhebliche Überschneidungen. Teilweise scheinen konkurrierende Qualifikationswege möglich zu sein, teilweise wird vermutlich die regional zugängliche Qualifizierungsmöglichkeit unabhängig von den eigentlichen Qualifikationswünschen ergriffen. Der Berufsbildungsforschung war es bisher nicht die Mühe wert, die regionalen Zusammenhänge zwischen Qualifizierungsoptionen und -wegen detailliert zu analysieren, obwohl inzwischen eine Schülerindividualstatistik mit Personenkennung solche Analysen wenigstens in einigen Ländern gestatten würde. In der gesamtstaatlichen Betrachtung befremden die Unübersichtlichkeit der Qualifizierungswege und die zu vermutenden erheblichen Unterschiede in den Gelegenheitsstrukturen für berufsorientierte schulische Qualifizierungsprozesse.

Regionale Branchenschwerpunkte bei den Ausbildungsbetrieben bedingen in der dualen Berufsausbildung Unterschiede in den Ausbildungsmöglichkeiten. Es wäre von Interesse zu erfahren, wie sich die Ausbildungsangebote an Berufsfachschulen zu diesen regional variierenden Bedingungen für eine duale Berufsausbildung verhalten und wie insbesondere die zu einem allgemeinbildenden Schulabschluss führenden beruflichen Schularten zu verorten sind. Dass auf diese Fragen bisher keine Antworten möglich sind, verdeutlicht einerseits ein fehlendes gesellschaftliches Bewusstsein und andererseits wohl auch ein geringes wissenschaftliches Interesse an Forschung zu einem Qualifikationsangebot in der Sekundarstufe II, das sich auf den Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes bezieht, um negative regionalpolitische Folgen zu vermeiden bzw. zu verringern.

2. Qualifizierungswege der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife

Der neueste Datenreport zum Berufsbildungsbericht informiert darüber, dass bis 2015 der Anteil der Studienberechtigten an den Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen auf 27,7 Prozent angewachsen ist, gegenüber 20,3 Prozent noch im Jahr 2009 (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017, S. 142). Bezieht man die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von Studienberechtigten auf die Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulreife im Jahr 2015, dann wechselten 32 Prozent von ihnen in eine duale Ausbildung. Unter ihnen waren relativ mehr Schulabsolventinnen und -absolventen mit Fachhochschulreife als Abiturientinnen und Abiturienten. Im Ländervergleich ist der sehr häufige Übergang von Studienberechtigten in eine duale Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen auffällig; hier entspricht im Jahr 2015 die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger mit Studienberechtigung 43,9 Prozent der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung. Die Kontrastierung von dualer Berufsausbildung oder Hochschulreife beschreibt folglich nicht zutreffend die Entwicklung, wenn offensichtlich immer häufiger eine Hochschulreife die Voraussetzung für einen Ausbildungsplatz ist. Wichtig wird es deshalb sein, die berufsbezogenen Qualifizierungswege mit Studienberechtigung zu erweitern, denn der steigende Qualifikationsbedarf bei den Beschäftigten betrifft vor allem die traditionell nichtakademischen Berufe.

An der Entwicklung wird ebenfalls deutlich, dass eine Ausbildung mit Ausbildungsvergütung nach wie vor eine sehr attraktive Alternative zu einem Studium darstellt, z.B. wenn Eltern nicht für den Lebensunterhalt während des Studiums aufkommen können oder die jungen Erwachsenen eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit anstreben. Da Ausbildungsberufe für Studienberechtigte überwiegend im kaufmännischen Bereich, in der Versicherungswirtschaft und im Bereich der Informatik an-

gesiedelt sind (vgl. ebd., S. 150), konkurrieren die Studienberechtigten nicht mit Hauptschulabsolventen und -absolventinnen um die Ausbildungsplätze. Was unter dem Gesichtspunkt einer Weiterentwicklung von Qualifizierungswegen irritiert, ist die Situation, dass nach wie vor der Großteil der Auszubildenden mit Hochschulreife eine traditionelle Berufsschule besucht. Berufsakademien für Studienberechtigte in einem Ausbildungsberuf gibt es nicht in allen Bundesländern, und auch duale Studiengänge sind weiterhin ein Nischenbereich zur beruflichen Qualifizierung von Studienberechtigten. 2015 gab es gerade 3.241 Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger an Berufsakademien in Deutschland und 21.382 Anfängerinnen und Anfänger eines dualen Studiums. Sie entsprechen etwa 5,5 Prozent der Schulabgänger und -abgängerinnen des Jahres 2015 mit einer Studienberechtigung. Im Regelfall erhalten die Studierenden eines dualen Studiums eine Vergütung; nur ein Teil hat aber einen Ausbildungsvertrag geschlossen (der inzwischen unter 50 Prozent liegt und weiter rückläufig ist), die anderen werden für ausgedehnte Praxisphasen, die mit dem Studium verzahnt sein sollen, von den Kooperationsbetrieben vergütet. Die Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger an Berufsakademien bzw. in einem dualen Studium sind schätzungsweise zur Hälfte in den Daten der Statistik der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger enthalten. Es bleiben dann aber immer noch erhebliche Diskrepanzen zur Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger an beruflichen Schulen mit Hochschulreife (105.293 im Jahr 2015) (vgl. Statistisches Bundesamt 2016, S. 37). Da es die Möglichkeit einer Befreiung von der Berufsschulpflicht gibt, könnte diese rechtliche Regelung eine Erklärung für die Abweichung sein. Dennoch bleibt die Frage, warum nicht in erheblich größerem Umfang Studienberechtigte in einer dualen Ausbildung¹ den theoretischen Unterricht an einer Berufsakademie erhalten, die ihnen zugleich erweiterte theoretische Kenntnisse vermitteln würde. Dadurch würden sie auch verbesserte Grundlagen für berufsbegleitende Weiterbildungen oder den Wechsel in ein Studium erhalten. Wenn unter den gegebenen Bedingungen in einer Region nur über die Zusammenfassung aller Auszubildenden in einem Ausbildungsberuf eine Berufsschulkasse gebildet werden kann, dann ist dies unvermeidlich. In vielen städtischen Zentren besitzt das Argument aber keine Relevanz, weil die Zahl der Auszubildenden eine Differenzierung des berufsschulischen Angebots gestatten würde. Für berufliche Schulen könnten die Angliederung einer Berufsakademie oder auch eine Kooperation im Rahmen dualer Studiengänge eine wichtige zukunftsweisende Stärkung ihres Profils bedeuten. Der Sinn dualer Studiengänge neben den Berufsakademien erschließt sich vor allem in Qualifikationsbereichen außerhalb der Ausbildungsberufe. Hier haben sie vermutlich noch Chancen einer Verbreiterung ihres Ausbildungsspektrums (vgl. Wissenschaftsrat 2013).

1 Anzunehmen ist, dass etwa zehn Prozent der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger mit Hochschulreife ein duales Studium mit Ausbildungsvertrag oder eine Ausbildung an einer Berufsakademie begonnen haben.

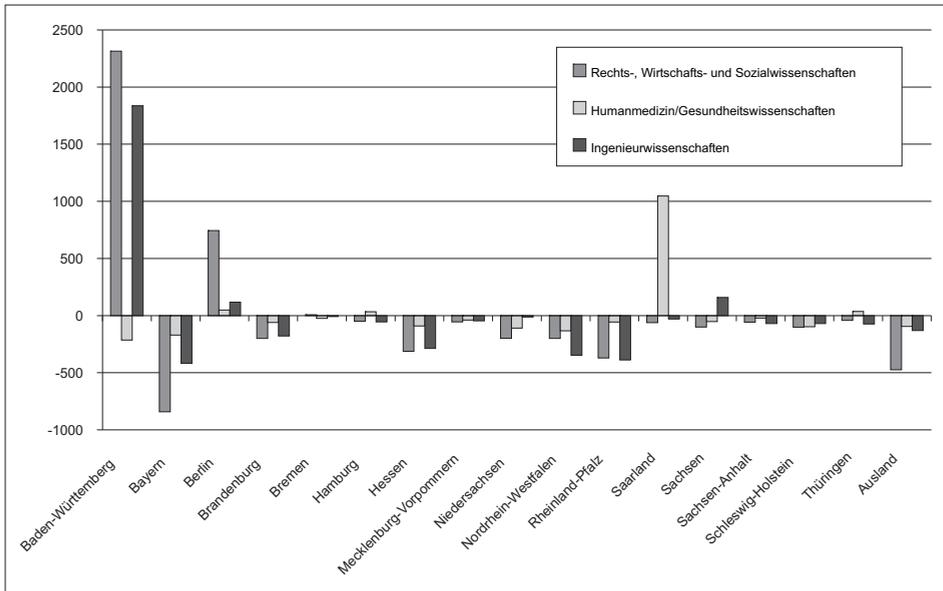
Bundesweit entsprechen die Anfängerinnen und Anfänger einer dualen Ausbildung mit Studienberechtigung oder eines dualen Studiums bereits gegenwärtig etwa 35 Prozent der Studienberechtigten; zusätzlich beginnen 10,5 Prozent eine schulische Berufsausbildung. Ganz überwiegend finden diese Berufsausbildungen an Berufsfachschulen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen statt. Schließlich bereiten sich 3 Prozent der deutschen Studienanfängerinnen und -anfänger an Verwaltungsfachhochschulen auf eine Beamtenlaufbahn vor. Insgesamt wählt demnach die Hälfte der Studienberechtigten eine Alternative zu einem traditionellen Hochschulstudium. Ob diese Angebotsstruktur von Qualifikationswegen nach dem Erwerb einer Studienberechtigung den Qualifikationsinteressen entspricht oder die Struktur des Angebots bestimmte Ausbildungswege nahelegt, die nicht immer den tatsächlichen Wünschen entsprechen, lässt sich nicht im Detail untersuchen. Beispielhaft können die Passungsprobleme zwischen Qualifikationsnachfrage und Qualifikationsangebot aber am Beispiel der Anfängerinnen und Anfänger eines dualen Studiums betrachtet werden. Die Möglichkeit dazu bietet die Hochschulstatistik, die die Studienanfängerinnen und -anfänger eines dualen Studiums nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und dem Land des Studienbeginns ausweist.

Abbildung 3 zeigt recht deutlich, weshalb das duale Studium eher ein Nischenangebot für Studienanfängerinnen und -anfänger ist. Interessentinnen und Interessenten an einem dualen Studium müssen ein solches in erheblichem Umfang in Baden-Württemberg aufnehmen, wenn sie ein wirtschafts- oder ingenieurwissenschaftliches Berufsfeld anstreben. Vor allem Studieninteressierte aus den Nachbarländern Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz profitieren von diesem Angebot. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaft hat Berlin noch einen nennenswerten Überhang an Studienplätzen, von dem Studienanfängerinnen und -anfänger aus Brandenburg profitieren.

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht thematisiert nicht das nach wie vor regional extrem ungleich verteilte und vermutlich in hohem Maße die regionale Nachfrage steuernde Angebot an entsprechenden Studiengängen und kooperierenden Hochschulen.² Einschränkend muss aber darauf hingewiesen werden, dass im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften eine duale Hochschule zwar ihren Sitz im Saarland hat, über Außenstellen aber bundesweit agiert. Dies ist auch in anderen Bereichen nicht auszuschließen. Aber diese Sachverhalte hätten längst dazu führen müssen, bei der statistischen Erfassung dieses Bereichs zusätzliche Merkmale zu berücksichtigen. Leider fehlen für Berufsakademien und zu den

2 Eine vor fünf Jahren durchgeführte Analyse kam bereits zu dem gleichen Ergebnis. Es ist also nicht erkennbar, dass die Länder mit einem Angebotsdefizit entschieden eine Verbesserung des Studienplatzangebots verfolgen. – Mit dem Hinweis auf die regionale Verteilung der Studiengänge wird durch den Datenreport sogar noch ein völlig falscher Eindruck von der Studiensituation vermittelt (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017, S. 212).

Abb. 3: Studienanfängerinnen und -anfänger eines dualen Studiums in den drei zentralen Studienfeldern im Jahr 2015 nach dem Verhältnis zwischen dem Bundesland des Studienorts und dem Land des Erwerbs der Studienberechtigung (positive Werte bedeuten eine größere Zahl von Studienanfängerinnen und -anfänger im Land als Studienanfängerinnen und -anfänger aus dem Land)



Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes, eigene Auswertung

von Studienberechtigten besuchten Berufsfachschulen vergleichbare Informationen. Jedenfalls gibt es am Beispiel des dualen Studiums Hinweise auf restriktive Angebotsbedingungen, die in der Vergangenheit für die Arbeitsmarktpolitik weitgehend folgenlos waren, in der Zukunft aber zu vermeidbaren Qualifikationsumwegen und Fehlqualifikationen führen, die bei steigendem Arbeitskräftebedarf für einen möglichst reibungslosen Übergang in eine qualifizierte Beschäftigung hinderlich sind.

3. Fazit

Die öffentliche Diskussion der Qualifizierungswege von Studienberechtigten bis zum Berufseintritt orientiert sich weiterhin überwiegend an dem Übergang in eine duale Berufsausbildung oder in ein Hochschulstudium. Diskutiert wird vornehmlich über die Qualifizierungsinteressen der Studienberechtigten. Kaum beachtet werden die sich aktuell dramatisch verändernden Konstellationen am Arbeitsmarkt, weil geburtenstarke Jahrgänge ins Rentenalter kommen und die ausscheidenden Erwerbstätigen durch Berufsanfängerinnen und -anfänger aus geburtenschwachen Jahrgängen ersetzt werden müssen, deren Jahrgangsstärke bundesweit um ein Drittel geringer ist und von denen wiederum ein Drittel einen Migrationshintergrund mit bislang eher

unzureichenden Qualifizierungsmöglichkeiten im Bildungssystem hat. In den neuen Bundesländern ist das Missverhältnis zwischen geburtenstarken und geburten-schwachen Jahrgängen noch größer: In Thüringen beispielsweise entspricht die Jahrgangstärke der jetzt ins Beschäftigungssystem eintretenden Geburtsjahrgänge nur 40 Prozent der ins Rentenalter kommenden Jahrgänge. Dies führt schon jetzt in der dualen Berufsausbildung zu großen Passungsproblemen (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2017, S. 24).

In dieser Situation sollte die Berufsbildungspolitik³ bewusst regionale und gesamtgesellschaftliche Arbeitsmarkterfordernisse berücksichtigen. Ein großer Mangel des Datenreports zum Berufsbildungsbericht ist, dass er den mittel- und längerfristigen Ersatz- und Zusatzbedarf am Arbeitsmarkt nach Qualifikationsniveau und Berufssektoren nicht berücksichtigt (vgl. Maier et al. 2014) und deshalb auch nicht zur Bewertung der gegenwärtigen Leistungen des Schul- und Berufsbildungssystems geeignet ist. Die hier vorgelegten Befunde zu den Qualifikationswegen bis zur Hochschulreife und den Qualifizierungsoptionen von Studienberechtigten zeigen, dass sich die Berufsbildungspolitik nicht hinreichend um die neuen Herausforderungen kümmert, sondern naturwüchsig entstandene Qualifikationsstrukturen weiterpflegt. Dadurch gibt es regional extrem unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen der beruflichen Qualifizierung, über die bisher nur wenig systematisches Wissen existiert.

Angesichts der Notwendigkeit, Schulabsolventinnen und -absolventen in der Zukunft ohne überflüssige Warteschleifen bei Qualifizierungsprozessen und ohne berufliche Fehlorientierungen die Einmündung in das Beschäftigungssystem zu ermöglichen, erscheinen der gegenwärtige Wildwuchs an Qualifizierungswegen und die bestehenden regionalen Zufälligkeiten von fachlichen Schwerpunktsetzungen gesellschaftspolitisch hoch riskant.

In der Bildungspolitik hat die Frage, für welchen Arbeitsmarkt die Kinder und Jugendlichen qualifiziert werden, noch keine angemessene Bedeutung erlangt. Das muss sich ändern, sonst entstehen durch ein wenig funktionales Qualifizierungssystem hohe soziale Folgekosten. Dies gilt vor allem auch mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler, die gegenwärtig Bildungswege in der Hoffnung ergreifen, mit ihnen zielführend auf ein Berufsleben vorbereitet zu werden, von dem sie sich die Entfaltung ihrer beruflichen Interessen und die ökonomische Absicherung ihrer Existenz versprechen.

3 Die Rückkehr zu G 9 missachtet ebenfalls die Entwicklungen am Arbeitsmarkt, beispielsweise die Folgen für die Beschäftigungsdauer bei einer verlängerten Gymnasialzeit.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: Bertelsmann.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2017): Bundesinstitut für Berufsbildung zum Berufsbildungsbericht 2017. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn: BIBB.
- KMK (Sekretariat der Kultusministerkonferenz) (2016): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006 bis 2015 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Dokumentation 211 – Dezember 2016). URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok211_SKL2015.pdf; Zugriffsdatum: 16.09.2017.
- KMK (Sekretariat der Kultusministerkonferenz) (2017): Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen (Beschluss des Unterausschusses für Berufliche Bildung vom 03.02.2017). URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2017/2017_02_03-Berufsabschluesse-an-Berufsfachschulen.pdf; Zugriffsdatum: 16.09.2017.
- Maier, T./Zika, G./Wolter, M. I./Kalinowski, M./Helmrich, R. (2014): Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Mobilität. BIBB Report 23/14. Bonn: BIBB.
- Statistisches Bundesamt (2016): Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2017): Berufliche Schulen. Schuljahr 2015/2016 (Fachserie 11, Reihe 2). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. URL: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen.html>; Zugriffsdatum: 16.09.2017.
- Weishaupt, H. (2016): Schulen in schwieriger Lage und Schulfinanzierung. In: Die Deutsche Schule 10, H. 4, S. 354–369.
- Weishaupt, H. (2017): Demografischer Wandel: Potenziale einer Schulentwicklung bei regional sehr unterschiedlicher Ausgangssituation. In: Huber, S. G. (Hrsg.): Jahrbuch Schulleitung 2017: Befunde und Impulse zu den Handlungsfeldern des Schulmanagements. Köln: Carl Link, S. 163–174.
- Wissenschaftsrat (2013): Empfehlungen zur Entwicklung des dualen Studiums. Positionspapier. Köln: Wissenschaftsrat.

Horst Weishaupt, geb. 1947, Prof. i. R.

Anschrift: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Schloßstr. 29, 60486 Frankfurt a. M.

E-Mail: weishaupt@dipf.de